

en - A. Prager Str. ...

st Tee

er

illien 3.- S. M. 0 M. ...

zert

é

ner Platz

umbus

yer

EL

aner

en

Nummer 272 — 23. Jahrgang

Sächsischer Volkszeitung

Dienstag, 25. November 1924

Im Falle höherer Gewalt erfolgt jede Veröffentlichung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Ans. Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz für unrichtig u. d. Fernspr. übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unserlangt eingehende u. mit Rücksicht nicht verlesene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Druckverleger: Dr. Josef Koberl, Dresden.

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Verständnisse der Sächsischen Volkszeitung und Verlag: Saxonia-Verlagsdruckerei GmbH, Dresden-R. 18, Holbeinstr. 46, Fernruf 2722, Telephon 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-R. 18, Holbeinstr. 46, Fernruf 2722, Telephon 14797

Das kranke Oesterreich

3g.—Wien, 23. November 1924.

Oesterreich ist schwer krank, darüber können selbst die überaus schmerzhaften Sanierungsversuche nicht hinwegtäuschen. Die letzten Tage haben das deutlich bewiesen. Nicht genug, daß die österreichische Wirtschaft innerhalb dieses Jahres bereits drei gewaltige Streiks über sich ergehen lassen mußte, ein vierter sollte den Reigen für dieses Jahr wahrscheinlich beschließen. Nach längeren Verhandlungen über Gehaltsforderungen trat die deutsche Verkehrsvereinsgesellschaft der österreichischen Bundesbahnen von ihrem nationalsozialistischen Flügel majorisiert am 8. ds. Mts. in den Ausstand, der sich schließlich die sozialdemokratische und christliche Eisenbahnergewerkschaft aus Solidarität angeschlossen, obwohl bis dahin bei diesen beiden Organisationen keine Streiklust bestand. Generaldirektor Günther von den Bundesbahnen, der für diesen selbständigen Wirtschaftskörper die Verhandlungen mit den Personalvereinigungen führte, demissionierte schließlich, als kein Nachgeben der Gewerkschaften zu erzielen war, mit der Begründung, daß durch die Forderungen der Eisenbahner die Sanierung der Bundesbahnen ernstlich gefährdet sei, und er die Verantwortung nicht tragen könne. Daraufhin trat auch das Kabinett Seipel zurück, das in der Gefährdung der Bundesbahnsanierung schließlich auch eine des Staates erblickten mußte, zumal die Bundesbahnen von jeher ein Schmerzenskind der Regierung waren. Bis auf die Privat- und Lokalbahnen war der Streik ein vollständiger. Ein rasch einsehender Notverkehr mit Post- und Personalkraftwagen sorgte dafür, daß die Schäden des Eisenbahnstreikes sich nicht katastrophal auswirkten. Symptomatisch fand der Streik in der Bevölkerung absolut keine, zumal die Berechtigung desselben nicht einzusehen war, da die Eisenbahner im Vergleich zur großen Masse der Bevölkerung sich wesentlich besser standen.

Indes wurden am 10. ds. Mts. durch Vermittlung des Generalsekretärs der christlichen Gewerkschaften Dr. Kroger die Verhandlungen mit der Generaldirektion der Bundesbahnen wieder aufgenommen, die zu einem überraschend günstigen Resultat für die Eisenbahner führten, so daß am 13. ds. Mts. der Verkehr auf allen Linien der Bundesbahnen wieder aufgenommen wurde. Durch diese Zugeständnisse ist der „demissionierte“ Generaldirektor Günther der Regierung eigentlich in den Rücken gefallen, nachdem er dieser gegenüber von der Unmöglichkeit der Zubilligung sprach und selbst zu den äußersten Konsequenzen rief und dann auf einmal Zugeständnisse machte, die selbst die Eisenbahner verblüfften. Auf Grund dieser erhalten die Eisenbahner bis Ende dieses Jahres eine Remuneration von 48,8 Prozent des Märzgehaltes vom Jahre 1922, der bisher als Grundlage für die Indexberechnung diente. Auch die Nachdiäten- und Reisezulagen wurden im Sinne der Forderungen ab 1. Oktober erhöht, ferner wurde die Bemessungsgrundlage des Ruhegeldes auf 90 Prozent erhöht. Schließlich wurde den Eisenbahnern zugestanden, daß die bereits in Verhandlung stehende definitive Besoldungsordnung sich rückwirkend bis 1. Oktober erstreckt, wonach die aktiven Eisenbahner, wie die nach dem 1. Oktober 1923 pensionierten 11 sogenannte Märzbezüge als dauernde Lohnerhöhung erhalten, was etwa 6 Prozent entrichtet.

Die Bundesbahnen erfahren dadurch eine schwere Belastung. Da aus der Staatstasse hierfür keine Mittel mehr zur Verfügung stehen, die Bundesbahnen aber im Voranschlag für das nächste Jahr ohne Rücksicht auf die gegenwärtigen Zugeständnisse immer noch ein Defizit von 225 Milliarden Kronen aufweisen, wird die Rechnung die Bevölkerung bezahlen müssen. Nun aber wurde bereits für Neujahr eine Erhöhung der Personalentlohnung um durchschnittlich 20 Prozent angekündigt, wodurch die Fahrpreise der Friedenspartei nahezu gleichkommen. Auf die Mehrkosten aus den letzten Zugeständnissen ist dabei noch nicht Rücksicht genommen, die durch Ersparnisse gedeckt werden sollen. Da das Budget ohnehin schon stark gedrosselt ist, dürfte es ohne Schädigung des Verkehrs kaum möglich sein, weitere Sparmaßnahmen zu treffen. Handel und Industrie befinden sich in einer nicht zu verkennenden schweren Stagnation, so daß das Heer der Arbeitslosen gewaltig wieder anwächst, die Teuerung nimmt ihren weiteren Lauf. Gehälter und Löhne der Masse haben noch lange nicht die Friedensparität erreicht, dagegen ist der Unterhaltswert stark über diese hinaus, und nun gleicht sich auch das Verkehrsleben den Verhältnissen an. Das Publikum ist heute nicht mehr zahlungskraftig wie ehemals, desgleichen auch die Privatwirtschaft nicht, so daß ernste Volkswirtschaftler an eine Fehlbilanz der Generaldirektion glauben.

Wie berechtigt der Rücktritt des Bundeschanzlers Dr. Seipel war, ersieht man daraus, daß die Bundesangestellten bereits mit Reid auf die nunmehr besser besoldeten Eisenbahner schielen und die Postangestellten sogar ermutigt wurden, die Erhöhung der Wirtschaftsprämien mit einer Frist bis 10. Dezember zu fordern, andernfalls sie mit allem Nachdruck und mit allem Ernst diese zu erreichen wissen werden. Es galt der Regierung ein Prinzip zu wahren, und es wurde in ihren Kreisen verlautet, daß evtl. Forderungen der Bundesangestellten keine Berücksichtigung finden könnten, da sonst das Sanierungswerk nicht beendet werden könnte. Die Regierung ist an das diktierte Normalbudget gehalten und hat keinerlei Spielraum, dieselben Forderungen zu entsprechen, andererseits ohne strenge Durchführung des einmal angenommenen Normalbudgets es kein Aussehen der Kontrolle, der Hörigkeit unter den Völkerverbund, kurz keine

Baldwins Gewaltpolitik

Rücktritt des ägyptischen Kabinetts?

Paris, 24. November. „Express Telegraph“ meldet aus Kairo, daß die ägyptische Regierung zu einer Verantwortung der zweiten britischen Note zusammengesetzt ist. Man erwartet den Rücktritt des Kabinetts.

Englands Forderungen

London, 24. November. Die englische Note, die gestern abend der ägyptischen Regierung in Kairo durch Lord Allenby überreicht wurde, hat folgenden Wortlaut: „Der Generalkommissar des Sudans und Sirdar der ägyptischen Armee, der gleichzeitig ein hervorragender Offizier der englischen Armee war, ist in Kairo ermordet worden. Die Regierung Seiner Majestät betrachtet diesen Mord, der vollständig der ägyptischen Regierung zur Last fällt, als das notwendige, natürliche Ereignis einer fortgesetzten Reihe von Feindschaften gegenüber der britischen Regierung und den britischen Untertanen in Ägypten und im Sudan, die von der Regierung Seiner Majestät nicht geteilt werden, sondern durch die Organisationen, die in enger Verbindung mit dieser Regierung stehen, noch genährt wurde.“

Deshalb verlangt die Regierung Seiner Majestät, daß die ägyptische Regierung zunächst eine weitgehende Entschädigung für die begangene Untat abgibt. 2. wird gefordert, daß die Untersuchung zur Ermittlung der Täter des Verbrechens mit der äußersten Energie und ohne Rücksicht auf Personen und ohne Ansehen ihres Standes aufgenommen wird. 3. Wird von nun an jede politische Demonstration unterdrückt und rigoros unterdrückt werden. 4. Ist eine Entschädigung von einer halben Million Pfund Sterling an die Regierung Seiner Majestät zu zahlen. 5. Wird innerhalb von 24 Stunden der Mord aller ägyptischen Offiziere und rein ägyptischen Beamten aus dem Sudan angeordnet. 6. Ist ein zünftiges Departement zu ernennen, damit die Regierung des Sudans das Verwaltungsgebiet in Gezira vergrößert. 7. Wird die Unterlassung aller Opposition gegenüber den Wünschen Seiner Majestät Regierung, die sich auf den Schutz fremder Interessen in Ägypten beziehen, gefordert.

Jagat Pajshas Einwände abgelehnt

London, 24. November. Nach Meldungen aus Kairo hat sich Jagat Pajsha heute mittag zum englischen Oberkommandierenden Lord Allenby begeben und ihm die Note der ägyptischen Regierung auf die englische Note überreicht. Die ägyptische Regierung verweist folgende Punkte der englischen Note:

- Punkt 5 (Mord) der ägyptischen Offiziere und Truppenteile aus dem Sudan, der innerhalb 24 Stunden erfolgen soll. Punkt 6 (Verweigerung eines beliebig großen Gebietes bei Gezira durch die sudanesischen Regierung). Punkt 7 (Einstellung der Opposition gegen Maßnahmen der englischen Regierung betreffend den Schutz fremder Interessen in Ägypten). Die ägyptische Note führt aus, daß die Forderung der englischen Regierung betreffend die Zurückziehung ägyptischer Truppenteile aus dem Sudan eine Verletzung der Verfassung bedeute, nach der König Jagat der Oberkommandierende der ägyptischen Armee ist. Die ägyptische Regierung lehnt jede Verantwortung für die Ermordung des Sirdar ab, doch bewilligt sie die englische Forderung einer Entschädigung und Zahlung einer Entschädigung von 500.000 Pfund Sterling.

Einige Stunden nach Erhalt der ägyptischen Antwort hat Lord Allenby feierlich eine neue, außerordentlich scharfe Note an das ägyptische Kabinett gerichtet. In dieser Note heißt es, daß die Regierung des Sudans angesichts der Weigerung des ägyptischen Kabinetts, die englischen Forderungen betreffend Punkt 5 und 6 der englischen Note anzunehmen, Anwendung erhalten hat, den Rückzug der ägyptischen Offiziere und der ägyptischen Truppen zu veranlassen. Außerdem ist die Regierung des Sudans angewiesen worden, das Gebiet bei Gezira nach Gebirgen zu verweisen. Die englische Note sagt dann weiter: „Es ergeht nun die Forderung, daß die Regierung des Sudans welche Maßnahmen ergreifen werden angesichts der Verweigerung der Forderung betreffend den Schutz fremder Interessen festzugeben.“

Selbständigkeit gibt. Im Zusammenhang damit tauchte auch die alte Streitfrage des Streikrechtes der Staatsangestellten auf.

Die Gründe der Demission der Regierung Dr. Seipels liegen in der Hauptsache aber viel tiefer und zwar in der Partei des Kanzlers selbst, der Streik war lediglich äußere Ursache und brachte ganz unermittelt das Problem des Jahres 1920 — Föderalismus oder Zentralismus — wieder ins Rollen. Es gilt die Verfassung, die ein Stückwerk und dazu noch ein höchst unvollständiges ist, in Bahnen zu lenken, die durch weitgehende Ersparungen — Abbau der Landesregierungen — das Sanierungswerk stützen soll. Die Verfassung war feinerzeit ein Kompromiß zwischen den Wiener Zentralisten und den Föderalisten der Länder, im weiteren Sinne ein Kompromiß zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen. Da hierzulande ein Bundesfinanzgesetz noch nicht besteht, behält man sich mit dem sogenannten Abgabenteilungsgesetz, wonach das gemeinsam eingehobene Steuererträgnis nach einem bestimmten Schlüssel auf den Bund, die Länder und Gemeinden aufgeteilt wurde. Das Sanierungswerk stellte in letzter Zeit allerdings derartige Ansprüche an das Staatsfiskus, daß es dem Finanzminister Dr. Kleinböck nicht möglich war, den Länderanteil zur Auszahlung zu bringen und somit den Ländern heute bereits 700 Milliarden schuldet, auf die

Sirene Maßnahmen

Kairo, 24. November. In Kairo sind bisher zwei Personen verhaftet worden, die der Teilnahme an der Ermordung des Sirdar verdächtig erschienen. In Alexandria kam es wieder zu größeren englischfeindlichen Studentenkundgebungen, worauf die britischen Truppen einen Umzug durch die Straßen veranfaßten. Aus Gibraltar wird gemeldet, ein Vataillon Infanterie habe Befehl erhalten, sich am 29. dieses Monats nach Ägypten einzuschiffen. — Der Gouverneur von Manufah ließ gestern mehrere an englischfeindlichen Kundgebungen beteiligte Personen durch Peitschenhiebe bestrafen.

Rußland und der Westen

London, 24. November. Die frühere Schwärze in Chamberlains Willensan an Karkowski hat in den hiesigen Sozialistischen Kreisen hervorgehoben. Man glaubt nicht, daß die Russen einen Abbruch der gegenwärtigen Beziehungen wünschen. Es wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß vernünftige Handelsbeziehungen möglich sein würden.

Paris, 24. November. Nach der in Paris erscheinenden Emigranten-Zeitung wird der für Paris bestimmte russische Bolschewik Krasin in Begleitung von etwa 20 Personen am kommenden Dienstag in Paris eintreffen.

Belgrad, 24. November. In politischen Kreisen verläutet, daß die tschechische Reaktion bei den Regierungen der freien Entente den Antrag gestellt habe, bis zum Jahresende die russische Emigration anzuerkennen. Diese Frage müsse zunächst liquidiert werden, um die Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Europa zu ermöglichen. Falls die Regierungen der freien Entente diesen Antrag nicht annehmen sollten, wird die tschechische Regierung gefordert mit der Sowjetregierung in diplomatische Beziehungen einzutreten. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die anderen Staaten der freien Entente damit einverstanden erklären werden. Südslawien beschäftigt inzwischen eine Aktion zu unternehmen, um die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands zunächst zu verlagern.

„Die Gerechtigkeit beiseite geschoben“

Ein französischer Artikel über den Eiseren Spruch.

Paris, 24. November. „Deuxve“ beklagt sich heute mit dem Fall Karkowski. Das Blatt befürchtet, daß durch die in Deutschland hervorgerufene Verurteilung des Geflühtes des Krieges wieder lebendig werden. Es schreibt: Das Kriegsgesetz in Lille hat nach Ansicht aller dieser, die der Verhandlung gefolgt sind, den General Karkowski ohne genügende Beweise verurteilt. Wir haben keine gute Meinung von untern Kriegsgesetzen, und wir würden es gerne sehen, wenn ihr Ruf nicht über die Grenzen hinausdränge würde. Das Kriegsgesetz in Lille hat alles beiseite geschoben, was die Gerechtigkeit erfordert. Es war zudem besonders schlecht beraten, denn General von Karkowski ist christlicher Krieger und hat, wie Krieger zu sein, in Dörfchen die Erinnerung zurückzulassen, daß er ein ehrlicher und guter Mann war. In politischer Hinsicht ist die Unschicklichkeit, die begangen wurde, ernst. Herricot konnte sie nicht verhindern. Wird es wenigstens das Unrecht durch Gegenabgabe wieder gutmachen können?

Paris, 24. November. Die „Nouvelle République“ erwidert in dem Eiseren Spruch einen unaufrichtigen Zwischenfall, der allen denen, die das Werk der deutsch-französischen Verständigung pflegen wollen, ganz erheblich die Arbeit erschweren würde. Die Einzelheiten, die man bis jetzt von dem Prozeß vernommen habe, ließen die ganze Prozedur in keinem sehr günstigen Licht erscheinen.

Die „National-Zeitung“ schreibt, ersichtlich habe das französische Kriegsgesetz in Lille sich ausschließlich von der Absicht leiten lassen, mit keiner Berücksichtigung recht zu behalten, und so habe es schlimmes Unrecht verübt. Man könne nur wünschen, daß eine gute Geste Herricot dem alten General seine Freiheit wiedergäbe, Frankreich von dem Eiseren Spruch befreit werden und seinen Militärs nicht gefahre, das gerade jetzt sich befehdende Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland neuerdings zu vergrößern.

diese nicht verzichten können. Wien hingegen, das die Steuern selbst einhebt, hat sich seinen Anteil jeweils gleich bei der Ueberweisung an den Bund abgezogen und zwar in doppelten Quoten, zufolge seiner Stellung als Gemeinde (Bundeshauptstadt) und als Land. Da sich zu allem Unglück fast alle Steuerkraft in Wien konzentriert, ergibt sich, daß Wien 1/4 der Verteilungsquote für sich beansprucht, während aber 1/2 der Bevölkerung in den Ländern wohnt. Dieses Mißverhältnis hat bereits zu den größten Schwierigkeiten geführt und die diesbezüglichen Verhandlungen konnten, trotzdem sie nun schon ein Jahr dauern, zu keinem gebührenden Ende geführt werden. Bundeskanzler Dr. Seipel erklärte sich mit der Neubildung der Regierung nur einverstanden, wenn zuvor diese Schwierigkeiten beseitigt seien, d. h. eine starke Zentralisierung Platz greife. Vom Gesichtspunkte der Wirtschaft, der Sanierung und einer einheitlichen Verwaltung kann in Oesterreich nur eine Zentralisierung befürwortet werden. Nun stehen in Oesterreich aber die Dinge derart, daß der Wasserkopf Wien mit seinen zwei Millionen Einwohnern ganz der roten Willkürherrschaft zum Opfer gefallen ist, während die Länder christlichsozial orientiert sind. Bei einem Zentralismus wird den Sozialdemokraten in die Hände gearbeitet, dies umso mehr, da man für die nächsten Wahlen beifürchtet, daß die Sozialdemokraten bei der unpopulären Sanierungspolitik bei

Reichskanzler Marx in Köln

Köln, 24. November

Die Rheinische Zentrumspartei hat gestern mit einer großen öffentlichen Versammlung den Wahllampf im Rheinland eröffnet. Der Hauptredner des Tages war Reichskanzler Dr. Marx, dem von Seiten des Publikums lebhafteste Ovationen dargebracht wurden. Er führte in seiner Rede unter anderem aus:

Das hervorragendste Ereignis in der politischen Entwicklung des laufenden Jahres war zweifellos die Londoner Konferenz und die Annahme des von den ausländischen Sachverständigen erstatteten Gutachtens. Bei den Verhandlungen über die besten Ausführung zu erlassenden Gesetze wurde der Reichsregierung im Reichstage vorgeworfen, daß sie eigentlich Erfolge in London doch nicht erzielt worden seien. Ich habe das der Opposition ohne weiteres zugegeben und erklärt, sie habe insofern recht, als unsere Wünsche, die wir gelehrt hätten, bei weitem nicht von der Londoner Konferenz erfüllt worden wären. Immerhin ist es nicht uninteressant, unsere augenblickliche Lage mit dem Zustand zu vergleichen zu der Zeit, da die jetzige Regierung ihr Amt übernahm. Damals allgemeine Unzufriedenheit, die Ruhr in höchster wirtschaftlicher Sorge, die Industrie belastet durch schier unerträgliche Verträge mit der Entente, überall wirtschaftlicher Jammer. Wie ganz anders ist der Zustand heute. Kein Mensch denkt daran, die Rheinlande von deutschen Vaterlande zu trennen. Die Frühlingserwartung ist eine bessere Zeit über Rhein und Ruhr gekommen. Die Regierung hat feste Fußfassen von Herriot über die Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete erhalten. Die Reichsregierung rechnet damit, daß die Räumung der ersten Zone einschließlich der Stadt Köln, gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages am 10. Januar 1925 erfolgt.

Zur Beurteilung des Generals von Rathusius bemerkte der Kanzler: Ich bedauere es außerordentlich, daß in der Zeit der in London anebahnten und sicher doch sichtbaren fortgeschrittenen Entspannung der deutsch-französischen Ver-

hältnissen die Verhaftung des Generals Rathusius hineingefallen ist. Ich kann aber einwänden die Hoffnung nicht aufgeben, daß die bisherige Behandlung des Falles in Frankreich doch nicht als ein wirkliches Wieberaufleben früherer Tendenzen, sondern nur als ein Einzelfall angesehen zu werden braucht. Wir wollen nach Kräften dafür sorgen, daß einem Unschicklichen kein Recht wird.

Auf die Innenpolitik übergehend, erklärte der Kanzler, mit dem alten Reichstag wäre eine konsequente Fortführung der Politik nicht mehr möglich gewesen. Eine Fortführung, die beim Grafen Westarp anfängt und beim Zentrum aufhört, hätte nicht nur auf sehr schmaler parlamentarischer Basis gestanden, sondern auch zwangsweise nach der wünschenswerten Seite hin tendiert. Ich kann mir nicht vorstellen, wie Graf Westarp zu der Ansicht kommen konnte, das Zentrum würde mit der Partei des Herrn Lubendorf gemeinsame Sache machen. Einem solchen Bürgerblut, in dem wir nur den Steigbügelhalter für den wünschenswerten Block abgeben, in dem die Führung der Außenpolitik an den Böhmisches Block übergeht, lehne ich unter allen Umständen ab. Wer mit der Weimarer Verfassung nicht einverstanden ist, der mag auf dem durch die Verfassung selbst gezeigten Weg eine Änderung erstreben. Daran soll niemand gehindert werden. Die Verfassung ist und bleibt das Grundgesetz. Die Achtung vor diesem Grundgesetz ist höchste staatsbürgerliche Pflicht und es ist weder national noch christlich, diese Achtung zu untergraben.

Strefemann in München

München, 24. November Am Sonntag nachmittag hielt der Reichsaussenminister Dr. Strefemann eine große politische Rede. Die Welt hat, so führte er aus, zur deutschen Führung wieder Vertrauen bekommen. So daß eine internationale Anleihe aufgenommen werden konnte, die bis zum Hundertsachen überzogen wurde. Die rigorose Finanzpolitik Dr. Luthers hat das deutsche Volk vor dem Ruin gerettet. Der Staat wird seinen Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern der Kriegsanleihe soweit wie möglich nachkommen.

Christlichsozialen die Oberhand gewinnen dürften, wovon sie schließlich bereits heute nicht weit entfernt sind und dann in Bezug auf Schule und dergleichen ihren ganzen Einfluß auf die Länder erstrecken würden. Wie sie es heute bereits in Wien tun, ohne daß sie jemand daran hindern kann. Auf der einen Seite stehen also materielle und auf der anderen kulturelle Güter auf dem Spiele. In diesem Jux und Wiber gab der besagte Bundeskanzler seine endgültige Demission und ersuchte den Salzburger christlich-sozialen Nationalrat und Rechtsanwalt Dr. Ramech, als sein Nachfolger zu kandidieren. Der parlamentarische Hauptauschüß vertraute daraufhin, nachdem der Föderalismus den Sieg über den Zentralismus davongetragen hätte, Dr. Ramech mit der Bildung des Kabinetts. Dr. Ramech schloß zu den radikalsten Separatisten und soweit die Mitglieder des neuen Kabinetts nicht unbeschriebene Blätter sind, stehen diese mit Dr. Ramech in einer Linie, besonders der junge Finanzminister Dr. Weyer ist als sehr energisch und politischer Draufgänger bekannt. Ob bei dem jähen Widerstand der Sozialdemokratie auf diese Weise viel zu erreichen sein wird, fragt sich, obgleich ein scharfer Wind in Oesterreich nicht schaden würde, denn die letzten Tage haben gezeigt, daß die Macht in der Tat in den Händen der Strahe sich befindet, die am 12. des Monats dem Verfassungstage, selbst des Militärs, das nach der Parade in die Kasernen einrückte, tödlich angriff und Reichswehrsoldaten verwundete. Nur der Ruhe und Besonnenheit der Offiziere und Soldaten ist es zu verdanken, daß es zu keinem Blutbade kam, das vielleicht der Sterbetag Oesterreichs oder wenigstens der Republik hätte werden können. Sehr ernste Parlamentarier, die überzeugte Republikaner sind, versicherten mir, daß die Sozialdemokraten Oesterreich zugrunde obstruieren und sie wohl über kurz oder lang am Grabe dieser Republik stehen dürften. Die Sozialdemokraten mißachteten hierzulande jedes Gesetz ungestraft und bedenkten sich des Terrors selbst mit Brachialgewalt. Nur ein kleines Beispiel hierfür, das aber um so bezeichnender ist und dartut, wie weit die Zustände bereits geblieben sind. Sämtliche katholischen Druckereien wollen die Sozialdemokraten durch Streik, Blockade und Terror stilllegen, weil die Leitung der katholischen Pressevereinsdruckerei in St. Pölten nicht der Forderung der sozialdemokratischen Seite entspricht, zwei christlich organisierte Seiten zu entlassen. Die Klust — die christlich, die sozialistisch — tut sich immer weiter auf, sie hat das österreichische Volk trotz gemeinsamer Not scharf in zwei Lager gespalten, die keine Berührungspunkte mehr haben. Dies wird in parlamentarischer Leben übertragen, drückt sich an der Betriebsstätte aus, beherrscht die Strahe und wird selbst von sozialistischen Lehrern in die Schule übertragen. Der Rücktritt Dr. Seigels, des Leiters Oesterreichs, hat die Krise nicht gelöst, sie steckt schon zu tief im Volke. Das Volk selbst wird sie lösen müssen. Doch Neuwahlen würden in der gegenwärtigen Zeit die Lage eher noch verschärfen, das Ministerium Ramech ist keine Lösung, sondern wohl nur ein vorgehobenes Bollwerk, um den Entscheidungskampf besseren Zeiten vorzubehalten. Gegenwärtig besetzt schwärzester Pessimismus selbst jene, die bisher immer Optimisten waren. Seipel der ruhende und beruhigende Pol ist nicht mehr, so taumelt Oesterreich einem ungewissen Etwas entgegen. Ob Zentralismus, ob Föderalismus ist gleich, Oesterreich kann allein nicht leben, es hat kein Hinterland, kein Rückgrat, das wirtschaftlichen und politischen Halt bieten könnte.

Eine Ansprache Hindenburgs

Göttingen, 24. November. An einer Denkmalweihe für die gefallenen Lehrer und Studenten der Göttinger Universität nahm auch Generalfeldmarschall von Hindenburg teil. Nach der Weiberebe des Professors Dr. Bin der hielt General Hindenburg folgende kurze Ansprache:

Die Gefallenen haben im Glauben an Deutschlands Größe ihr Leben hingegeben. Ihr Mut kann und darf nicht vergessen vergessen sein. Werde jeder an seiner Stelle dafür, daß der Geist von 1914, der Geist der Treue und Einheit, der selbstlosen Hingabe an das Vaterland, des nationalen Stolzes wiederkehre. Dann werden wir mit Gotteshilfe unser geliebtes Vaterland wieder zu Ehren bringen. Damit ehren wir am besten unsere gefallenen Brüder.

Ueberstandene Regierungskrisen

Athen, 24. November. Die griechische Kammer hat der Regierung nach lebhafter Debatte mit 176 gegen 50 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Helsingfors, 24. November. Die finnische Ministerräte ist jetzt überstanden. Die drei bürgerlichen Parteien haben dem reformierten Ministerium Junmann ihre Unterstützung zugesagt.

Die Macht der Drei

Ein Roman aus dem Jahre 1923

Von Hans Tominit

Copyright 1923 by Ernst Keils Nachf. (Aug. Scherl), G. m. b. H., Leipzig. — Nachdruck verboten.

(48. Fortsetzung.)

„Jetzt oder nie... vielleicht ist der Niesel gebrochen“ Dr. Wlosin beugte sich über die ohnmächtig Dalggewor. Er richtete ihr über die Stirn. Alles magnetische Fluidum, aber das er versagte, versuchte er in ihren Körper zu lagern. Sie wieder ganz unter seinen Willen und Einfluß zu bringen.

Er befahl ihr, sich zu erheben, und Jane führte den Befehl aus. Mit halbgeschlossenen Augen stand sie vor ihm. Auf einen Dritten hätte die Szene einen wunderbaren Eindruck gemacht... kein Wort wurde gesprochen. Wlosin erlaubte Dr. Wlosin seine Befehle. Wlosin vollzog sie Jane, solange sie sie noch vollzog.

Eine Richtung der Pupillen von Jane gefiel dem Doktor nicht. „Sehen Sie mich an. Sehen Sie mich genau in die Augen“, befahl er.

Jane leistete dem Befehl keine Folge. Erst wanderte ihr Blick. Dann drehte sich ihre Haupt und dann der ganze Körper. Sie wandte dem Doktor halb den Rücken zu. Wlosin über die Himmelrichtungen in dem Zimmer orientiert gewesen, hätte er bemerkt, daß Jane genau nach Norden blickte.

So stand sie. Minuten hindurch. Dr. Wlosin bot seine ganze Kraft auf und hatte keinen Erfolg.

Wenn der Niesel jemals gebrochen war, so war er in diesen Sekunden wieder zusammengebrochen.

Jetzt wandte sich Jane rasch dem Doktor wieder zu. Sie zeigte eine heitere Miene. Jede Angst und Unruhe waren zurückgeworfen. Sie nahm die Unterhaltung da wieder auf, wo sie vor laugen Minuten gelockt hatte.

„Dieser Zeitungsbericht ist doch längst überholt. Ein bedauerlicher Zwischenfall. Ein Brand, der im Laboratorium von Welt Tempore ausbrach. Ich hörte davon. Es ist schade. Es hält die Arbeiten wieder auf. Ich werde meinen Mann ein paar Tage länger entbehren müssen. Aber Sie können beruhigt sein. Er ist unverletzt und arbeitet mit allen Kräften an seiner Erholung weiter.“

Dr. Wlosin hielt das Empfinden, als ob alles um ihn niederbräche. Eben noch seines Sinnes gewiß. Im Bewußtsein, drei Wesen vernichtet zu haben. Im Bewußtsein, Jane wieder unter seinen Einfluß zu bringen.

Ungarn, 24. November. Das neue türkische Kabinett ist folgendermaßen zusammengesetzt: Ali Fethi Bey Ministerpräsident und Minister für die nationale Verteidigung; Mahmud Efendi Bey Justizminister; Mehmed Bey, Minister des Innern und Handelsminister; Adnan Bey, Minister für auswärtige Angelegenheiten; Serap Pascha Bey Unterrichtsminister; Fejiz Bey, Offizielle Arbeiten; Halim Bey, Landwirtschaftsminister; Ali Beyan Bey Handelsminister; Dr. Wajih Bey Minister für Gesundheitswesen und soziale Fürsorge. Fethi Bey wird nach der Vereinstellung seines Kabinetts und nach Beilegung der Regierungserklärung in der Nationalversammlung die Vertrauensfrage stellen.

Aus der Zentrumspartei Wahlversammlungen

Für die nächsten Tage sind von Zentrumspartei in Sachsen, wie uns berichtet wird, folgende Wählerversammlungen einzuberufen:

25. November (Dienstag) Leipzig: Abends 8 Uhr (nicht wie irrtümlich in Nummer 271 angekündigt 8 1/2 Uhr) im Saale der alten Handelsbörse große öffentliche Wähler-versammlung. Es sprechen: Frau S. Dransfeld, Dresden. Reichsbau: Abends 8 Uhr öffentliche Wähler-versammlung. Redner: Generalsekretär Dr. Krone, Berlin. Königsberg: Abends 8 Uhr Wähler-versammlung. Redner: Generalsekretär Dr. Desegny, Dresden.

26. November (Mittwoch) Orlitz: Abends 8 Uhr öffentliche Wähler-versammlung im Saale „Stadt Dresden“. Referent: Generalsekretär Dr. Krone, Berlin.

27. November (Donnerstag) Wittenberg: Abends 8 Uhr öffentliche Wähler-versammlung. Referent: Dr. Desegny, Dresden. Neugersdorf: Abends 8 Uhr öffentliche Wähler-versammlung. Redner: Generalsekretär Dr. Krone, Berlin.

Auf Einladung des Bürgervereins Weindöhlen hält am 26. November abends 8 Uhr im Saale des oberen Gasthofes, Weindöhlen, Generalsekretär Dr. Desegny, Dresden, ein Referat über „Die Bedeutung der Dezemberwahlen für das deutsche Völkertum“.

In Großsiedl sprach am Sonnabend, den 22. November, der Generalsekretär der Sächsischen Zentrumspartei, Dr. Desegny, als Debattierredner in einer deutschlandweiten Versammlung. Seine Ausführungen fanden bei einem recht beträchtlichen Teil der Versammlung lebhaften Beifall. Auch der Referent der

Berliner Börse

Berliner Anfangskurse		74. 11. 11.	
4 Proz. Reichsanleihe	281	281	281
5 Proz. Reichsanleihe	1750	1750	1750
5 Proz. Reichsanleihe	1040	1040	1040
4 Proz. Reichsanleihe	1485	1485	1485
Verkehrsbörsen		74. 11. 11.	
Städt. Anleihe	70,5	70,5	70,5
Sächsisch	237	237	237
Pr. Anleihe	24,2	24,2	24,2
Pr. Anleihe	24,6	24,6	24,6
Sächs. Anleihe	8	8	8
Sächs. Anleihe	8	8	8
Sächs. Anleihe	8,25	8,25	8,25
Bankaktien		74. 11. 11.	
Pr. Anleihe	120	120	120
Pr. Anleihe	11	11	11
Pr. Anleihe	11,7	11,7	11,7
Pr. Anleihe	10,8	10,8	10,8
Pr. Anleihe	8	8	8
Pr. Anleihe	1,5	1,5	1,5
Verkehrsbörsen		74. 11. 11.	
Sächs. Anleihe	65	65	65
Sächs. Anleihe	149	149	149
Sächs. Anleihe	65	65	65
Sächs. Anleihe	71	71	71
Sächs. Anleihe	66,625	66,625	66,625
Sächs. Anleihe	66	66	66
Sächs. Anleihe	21	21	21
Sächs. Anleihe	21,5	21,5	21,5
Sächs. Anleihe	6,21	6,21	6,21
Sächs. Anleihe	6,5	6,5	6,5
Sächs. Anleihe	11	11	11
Sächs. Anleihe	13,75	13,75	13,75
Sächs. Anleihe	44,25	44,25	44,25
Sächs. Anleihe	38,5	38,5	38,5
Sächs. Anleihe	40	40	40
Sächs. Anleihe	27,5	27,5	27,5

weit hatte sich der soziale Gehalt auch in der australischen Flotte durchgesetzt, daß die Offiziere das gleiche zarten wie die Mannschaften, also in diesem Falle ebenfalls Spekt mit biden Erben.

So sahen sie und speisten. Die Mannschaften zu Hunderten. Die Offiziere zu Tausenden. Nur der Kapitän allein. Eben jenem alten Brauch folgend, der im Kapitän eines Schiffes einen Halbgott erblickt, den kein anderer Sterblicher essen sehen darf.

Also sah Kapitän George Shuttleworth, der Kommandant der „Tasmania“, allein in seiner Kabine und verzehrte das kräftige, aber Durst erregende Mahl. Es lag in seinen persönlichen Gewohnheiten begründet, daß er dabei den Whisky nur wenig mit Soda verbünnte. Gerade als er das letzte Glas Spekt mit einem guten Schluck Whisky vom Stapel ließ, kam der Läufer in seine Kabine und legte ihm die Funkenbedeuts auf den Tisch.

Kapitän Shuttleworth kante und las. Schutte und schlug mit der Faust auf den Tisch. Mit der Depeche in der Hand verließ er seine Kabine und ging in das Mannschaftsdeck, wo die Leute gerade mit den Resten der Mahlzeit beschäftigt waren. Winkte den ersten Leuten herzu.

„Kannst du lesen, mein Junge?“ „Ich denke ja, Herr Kapitän.“ „Dann lies mal dies das Ding so laut vor, daß alle es hören können!“

Mit einem Blick hatte Jimmy Brown den Inhalt der Depeche überflogen und begriffen. Stellte sich in Positur und brüllte mit tiefem Stimm: „Wacht!... Wacht!... Verletzung auf Befehl des Herrn Kapitäns...!“

Als Jimmy Brown beendete hatte, durchbrach ein ungeheurer Jubel das Wischende. Kapitän Shuttleworth bebte achtere mit triumphierender Miene die Wirkung der Verlesung. Dann winkte er Jimmy Brown beiseite, nahm die Depeche zurück und sprach angelegentlich mit ihm.

Jimmy Brown herte zu. Erst ruhig. Dann mit weit aufgerissenen Augen, als verstände er nicht, was der Kapitän sagte und wollte. Dann mit beginnendem Verhängnis und schließlich mit lauter verhehltem Vergnügen. Der Kapitän ging in seine Kabine zurück. Jimmy Brown ließ Erben Erben sein und machte sich auf dem Deck zu schaffen. Auf Deck, und zwar an der Flaggenleine. Ganz langsam stieg der Union Jack, der im Topp des Geschützmaßes flatterte, herunter. Kurze Zeit hatte Jimmy Brown danach an einer Stelle der Flaggenleine zu tun. Er basteite, knietete und knüpfte, während ein paar Kampant ihn nach allen Seiten bedeten. (Fortsetzung folgt.)

Die Bedeutung der sozialistischen Krise in Sachsen

Die Vorgänge innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie sind nicht ein Ereignis von lokaler Bedeutung, sondern müssen vielmehr als symptomatisch für die ganze deutsche Sozialdemokratie gelten, die niemals uneiniger und in sich zersplitterter war, als nach dem sogenannten Vereinigungsparlament von Weingarten. Wie im Reich so bestanden auch in Sachsen die Unabhängigen die größeren Energien für die neue „vereinigten“ Partei, so daß sie gar bald die Sozialdemokratie beherrschten und zu den unheilvollsten Beschlüssen zwangen. Die tiefste Ursache der sächsischen Krise und der deutschen Sozialdemokratie überhaupt liegt darin, daß der Sozialdemokratie mühelos und über Nacht alle Macht in den Schoß fiel. Damit war sie verurteilt, die unangenehme Verantwortung selbst zu tragen. Ihr war nicht das Glück beschieden, gleich der Sozialdemokratie in anderen deutschen Ländern die Verantwortung von sich abzumwälzen. Und so mußte sie erfahren, daß ihre einst so große Popularität im gleichen Verhältnisse sank, wie sie gewonnen war, aus Mangel an wirklich staatspolitischer Begabung nach den Rezepten des alten Regimes zu regieren, jedoch mit dem Unterschied, daß sie es noch schlechter machte, als es einst geschehen war. Agitationsphrasen, Zukunftsstaat und ähnliche Sätze, und verantwortungsbewußte Staatsarbeit sind eben konträre Gegensätze. Gewiß hätte sie mit entschlossenem Schritt sich von der negativen Vergangenheit trennen und positive Staatspolitik treiben können. In dem Drunter und Drüber der sogenannten Revolutionszeit hätte sie mühelos den Weg von der Negation zu positiver Arbeit finden können. Indessen, ihr fehlten Führerfiguren von Format und wirklicher staatspolitischer Bedeutung. Es fehlte ihnen, wenn nicht an der nötigen Einsicht, so doch an der Entschlußfähigkeit, die unerlässliche Voraussetzungen für einen Staatsmann ist. So mußte sie in Halbheiten stehen bleiben: sie wollte nach den alten bewährten Rezepten des früheren Regierungssystems regieren, aber auch mit Rücksicht auf die Unabhängigen und die sonstigen radikalen Gruppen Oppositionspolitik treiben, um ihren politischen Konkurrenten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Und doch erlebte man, wie gegen die regierende Sozialdemokratie in den eigenen Reihen eine Gegnerschaft entstand mit der gleichen Schärfe, wie sie selbst einst gegen das alte System übten. Wegen ihres Mangels an Mut und Entschlossenheit schlug sie sich also zwischen zwei Stühle und wurde völlig unfrei, ein Spielball in den Händen der Unabhängigen. Dieses unehrliche Spiel zwang sie schließlich zur „Vereinigung“ mit der Partei Crispien, die sofort die ausschlaggebende Rolle in der nunmehr vereinigten Sozialdemokratie spielte, so daß die schnell radikalisierte Sozialdemokratie aus Furcht vor den Kindern der ehemaligen Unabhängigen, den Kommunisten, das kommunistische Experiment Zeigners in Sachsen ganz notwendig machen mußte. Nur ein besonderes Ereignis, sozusagen ein politisches Erdbeben, konnte die alten Sozialdemokraten, bei denen sich im Verlaufe der wirren Revolutionen beachtliche Ansätze staatspolitischer Einsicht oft feststellen ließen, zur Befinnung bringen. Das kommunistische Sachsen wurde durch die Reichsregierung völlig erschüttert und aus den Fugen gebracht, als man trotz den großsprecherischen Drohungen einsehen mußte, daß auch eine radikalsozialistische-kommunistische Regierung äußerst unangenehm auf den Besondereigenschaften der Reichswehr sitzen konnte und der ganze Zeignerspuh schließlich zerklüftete. Die Entlassung Zeigners machte endlich innerhalb der alten Sozialdemokraten die Kräfte frei, die einen Weg fanden und auch einschließen gingen.

So traten schon im Dezember vorigen Jahres einige Sozialdemokraten mit offenem Wort an die Deutsche Volkspartei heran und erklärten sich bereit, mit der Deutschen Volkspartei und den Demokraten zusammen eine Regierung auf anderer Grundlage zum Wohle des ganzen Volkes zu bilden, die sicheren Bestand verbürgte und Sachsen von dem Fluch heillosen Väterlichkeit befreite. Man muß den Ablauf der sächsischen Politik seit dem Dezember 1920, als das unabhängig-mehrheitssozialistische Kabinett Lipinski-Buch gebildet wurde, bis zu dem Höhepunkt des Zeigner-Wahnsinns mit erlebt haben, um diesen Schritt der 25 alten Sozialdemokraten in seiner vollen Bedeutung begreifen zu können. Das Bürgerturn (man verzeihe den Ausdruck richtig), unter dem System Zeigner vogelfrei und verfeimt, sollte an der Regierung teilnehmen. Das war unerhört und ungläublich. Aber das Unerhörte wurde am 4. Januar 1924 Ereignis. Wohl tobte sich die ganze radikalsozialistische Führerschaft in den heftigsten Angriffen gegen die 25 rechtssozialistischen Abgeordneten aus, wohl überhäufte die gesamte sozialistische Presse Sachsens diese Männer mit Vorwürfen und Schmähwörtern, wohl wurde ein sozialistischer Landesparteitag abgehalten, der eine Koalition mit dem Bürgerturn ablehnte und sofortige Neuwahlen forderte; aber die 25 Mehrheitssozialdemokraten blieben fest und bildeten das Kabinett selbst mit zwei Volksparteilern und einem Demokraten als Minister. Der Umsturz war gewaltig. Sachsen, der Vulkan Deutschlands, das das Vertrauen der aus- und inländischen Wirtschaft völlig eingebüßt hatte, aus dem bedeutende Industrien auszuwandern begannen, änderte sein Antlitz, so daß das alte Vertrauen zuerst zwar zögernd, aber dann völlig wiederkam und mit ihm Kredit und Aufträge. Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß gerade die Arbeiterschaft diesen günstigen Umsturz am unmittelbarsten verspürte.

Noch immer glaubten die Radikalen, daß die große Koalition in Sachsen von kurzer Dauer sein und die Rechtssozialisten bald wieder zu Kreuze kriechen würden, da die gesamte radikale Presse Sachsens die 25 Abgeordneten täglich mit dem schwersten Wirkungseifer besetzte und die Radikalen landauf und landab zogen, um jene um jeden Kredit bei der sozialdemokratischen Arbeiterbevölkerung zu bringen. Der Streit wurde bekanntlich vor den Reichsparteitag in Berlin getragen, der aber mit negativem Resultat der Entscheidung aus dem Wege ging und die ganze Angelegenheit an den Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie zurückwies. Nun galt es für die sächsischen Radikalen ganze Arbeit zu tun. Und was von ihnen an Beschimpfungen, Verleumdungen und Verdächtigungen der Rechtssozialisten Sommer und Frühherbst hindurch geleistet worden ist, soll hier nicht wiedergegeben werden. Der Erfolg blieb nicht aus. Der gesamte Parteivorstand, die ganzen sozialistischen Parteiorganisationen und auch die gesamte sozialistische Presse Sachsens waren bald rechtssozialistenrein, so daß die Regierungssozialisten auf dem Landesparteitag am 25. und 26. Oktober in Leipzig einem geschlossenen radikalen Femgericht gegenüberstanden; denn daß die Vertreter zu diesem Landesparteitag nur Genossen radikalster Färbung waren, versteht sich am Rande. So allem Ueberflus wurde gleich zu Beginn des Parteitages ein neues Parteistatut angenommen, das den Rechtssozialisten jede Möglichkeit entwand, ihre entgegen-gesetzte Meinung zum Ausdruck zu bringen. In schöner „Einmütigkeit“ konnte also diese Karikatur eines Parteitag, dieser Ausbruch schroffster Autorität die Rechtssozialisten in Such und Wogen verurteilen, erneut die Auflösung des Landtages fordern und den Druck auf den Vorgesetzten verüben. Ein erneutes Pathos-Draht des Berliner Parteivorstandes, daß die Rechtssozialisten bei Aufstellung von Kandidatenlisten für die Parlamente nicht vernachlässigt, das heißt von der Aufstellung nicht ausgeschlossen werden sollten, wurde nach raballem Gesellen natürlich umgehoben. Immerhin aber, die höchste sächsische Parteikanzlei hatte ihr Urteil gesprochen und nach den Erfahrungen in der deutschen Sozialdemokratie mußte man annehmen, daß sich die sächsischen Rechtssozialisten föhlich unterwerfen würden. Aber nur zwei Männer, die bisher schon

Bayern vor der Reichstagswahl

R. D. Vor einem Jahr wurde in Bayern immerhin Geschichte gemacht. Nach Tübingen wie der Hiltersputz können ja Marksteine oder Wendepunkte einer geschichtlichen Entwicklung sein. Heute ist München eine langweilige Stadt. Die politischen Radwehen des Jahres 1923, die sich abwechselnd im Bürgerbräukeller und im Löwenbräukeller vollzogen, interessieren im Grund nur den Politiker. Die übrigen Einwohner wollen von Politik nichts mehr wissen. Sie sind trotzdem noch so benommen von ihr, daß sie sich nicht wie zu Zeiten Lenbads oder Georgs Hirts um ein neues Bild oder ein verbotenes Theaterstück ereifern können. Die Jarstadt, einst ein Hauptkampfplatz des deutschen Geisteslebens, ringt heute wenig um Kulturprobleme. Mit den politischen Stürmen der letzten Jahre, außerdem aber durch das Eindringen des reaktionären Preußentums, das Ludendorff und die Seinen einschleppten, ist das geistige Niveau Münchens tief gesunken. München ist in dieser Hinsicht Provinz geworden. Wohl gibt es hier Gelehrte, Dichter, Künstler, Verlage und Zeitschriften ersten Ranges, aber sie wirken viel mehr nach auswärts. Man sieht ihnen das Münchener Geisteskind den deutlichen Stempel seiner Herkunft trägt. Geistesleben steht Gemeinschaft voraus. Soweit solche in München vorhanden war, haben sich die Vaterländischen und Böhmisches Verbände ihrer bemächtigt. Deren innerer Zwist hat dann einen Bürger, einen Hausgenossen, einen Stammtischfreund wider den andern gehebt und München ward, wie der selbst von den Flammen der Liebe und des Hasses umwogte Kardinal Faulhaber warnend sagte, ein Höllenrichter der politischen Leidenschaft. Heute ist der Trichter ausgebrannt, aber das Feld ist mit Schlacke bedeckt und einstuweilen unfruchtbar.

Es ist deshalb derzeit unbankbar, politische Briefe aus Bayern zu schreiben. Denn ist es Geschichte, ob der völkische Beereshaufe sich zerlegt und im Bürgerbräukeller Ludendorff angepöbelt wird, während im Löwenbräukeller Dr. Arthur Dinter die schweren Geschosse gegen ihn schleudert? Ludendorff wird bald kein Münchner mehr sein. Abgeschüttelt von den bayerischen Generalen und Offiziersverbänden, verdrängt von den ursprünglichen Anhängern Dillers, genügt er seinen Wohnsitz zu verändern. Es ist noch nicht ganz klar, wem Ludendorff eigentlich unterlegen ist, Hiltler, Rupprecht oder Tirpitz. Der Gefangene von Landsberg ist, seitdem er von der parlamentarisch gewordenen Böhmisches Partei offensichtlich befreit ist, erst recht der Abgott der nationalsozialistischen Massen geworden. Die wollen von den Offizieren und Doktoren, von den Dämonen im Landtag nichts wissen und jubeln Esser, Streicher und Dinter zu, die ihnen vorsehen, jene Herren wollten Hiltler gar nicht frei haben. — Kronprinz Rupprecht hat, als Ludendorff mit Enthüllungen über eine Königsproklamation im November 1923 drohte, die Proklamation veröffentlicht lassen. Sie erweist sich als ein völlig einwandfreier Aufruf zur Ruhe und Einigkeit. Gleichzeitig hat eine authentische Darstellung

der Ehrensache zwischen Rupprecht und Ludendorff dem General die letzten Karten aus der Hand geschlagen. Von Ludendorffs Behauptung, Rupprecht habe Rahr zum Vorbruch vertrieben, bleibt keine Spur; die Art aber, wie Ludendorff den Fall weiter verfolgte, zeigt ihn von allen Traditionen des Offiziersstandes verlassen. — Oder ist Ludendorff Tirpitz unterlegen? Der alte schlaue Admiral, der kein Weuling in der Politik ist, sang schon im Mai als Spitzenkandidat der Deutschnationalen den Böhmisches 20.000 Stimmen weg. Er steht auch am 7. Dezember auf der Deutschnationalen Liste obenan. Tirpitz nimmt nicht den Arbeitergeneral. Er ist gut bürgerlich und vertritt sich heute auch mit England. Tirpitz will wieder einen Hohenzollernkaiser. Er läßt dabei gern den Bayern ihren König, wenn das Verhältnis wieder so wird wie vor 1918. Und manche Bayern, nicht bloß Deutschnationale, wären es zuzurück. Es ist ja erklärlich, wie wenig man in Bayern bei aller stimmungsmäßigen Abneigung gegen Preußen das geschichtliche Preußentum durchschaut. Schon 1806 kämpften in Hannover und Sachsen zehntausender und opferbereiter für die große deutsche Idee als die süddeutschen Staaten. Und während anderswo für den Föderalismus die Neugliederung Deutschlands mit Abbau der preußischen Vormacht ein Dogma ist, gibt es besonders in den maßgebenden Kreisen Bayerns eine Stimmung, die eine Art gegenseitige Versicherung mit Preußen abschließen möchte, um als zweiter im Reich Referate zu gestalten. Hierher gehören auch Männer in der Bayerischen Volkspartei, denen die Koalition mit den Deutschnationalen das A und O der Innenpolitik ist. Mächtigerweise hat es diese Richtung nicht zum offenen Krieg mit dem Zentrum treiben können; vielmehr haben die langen Verhandlungen beider Parteien um einen Burgfrieden bei der Reichstagswahl dahin geführt, daß im rechtsrheinischen Bayern das Zentrum keine Kandidaten aufstellt und die Bayerische Volkspartei keine im Reich. In der Pfalz will man jedoch miteinander weiterfeiern. Diese Fügung liegt im Interesse beider Parteien. Das Zentrum war im rechtsrheinischen Bayern nicht glücklich vertreten. Es mußte sich auf die scharf links gerichtete Gruppe der Christlichsozialen stützen. — Die Bayerische Volkspartei hätte im Reich nur Ausblicken, wenn das Zentrum sich deutlich nach links neigte (was nach dem Parteitag nicht anzunehmen ist) und vor allem, wenn sie völlig durchdrungen wäre vom reinen großdeutsch-föderalistischen Gedanken. Da fehlt jedoch, wie wir angedeutet, noch einiges. Viel besprochen wird gegenwärtig in München die Schrift eines Freiherrn Erwin v. Armin: „Das Bayerische Problem“ (L. Lindauerische Universitätsbuchhandlung, München 1924). Aus ihr spricht das edle Bayern: Starker Stammes- und Staatsgefühl, flammende Begeisterung für das Mittelbayerische Königtum. Und doch biegt der Verfasser in den Föderalismus Bismarcks ein. Da verbleibt noch viel großdeutsche Aufklärungsarbeit. Es ist gut, daß kein Bruch mit dem Zentrum feiert und die Bayerische Volkspartei rettungslos an die Deutschnationalen bettet. Wir hoffen aber, daß der Weg zu den Föderalisten im Reich einmal mit dem Zentrum gemeinsam besprochen wird.

Deutschnationale Angst vor dem Zentrum

Aus Weserlingen (Prov. Sachsen) wird der „Germania“ geschrieben:

Am vergangenen Sonntag sprach hier in einer öffentlichen Zentrumsversammlung Polizeileutnant Nölle aus Berlin. Da am gleichen Abend auch die Deutschnationalen eine große öffentliche Versammlung abhielten in welcher der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Kieseberg sprach, gingen der Redner und ein großer Teil der Zentrumsanhänger nach Schluß der einen Wahlversammlung in die deutschnationale, die als öffentliche Versammlung angehängelt war, um dort den Zentrumsstandpunkt zu vertreten.

Herr Kieseberg hegte in üblicher Weise gegen „Maz“ und die Ultramontanen“ und stellte, wie gewöhnlich, das Zentrum als eine verderblichverbringende Partei hin. — In der Aussprache wurden die Vertreter der verschiedenen anderen Parteien zum Worte zugelassen. Als aber Herr Nölle um das Wort bat, weigerte man sich ostentativ, ihm das Wort zu erteilen. Selbst auf die Erklärung des Herrn Nölle hin, daß es eine große Montage für die Deutschnationalen wäre, wenn sie nicht den Mut hätten, einen Vertreter des Zentrums zu hören, weigerte man sich energisch, den Zentrumsredner sprechen zu lassen. Jetzt legten sich Angehörige der Mittelparteien und auch Sozialdemokraten gewaltig ins Zeug, und verlangten kategorisch, daß es eine öffentliche Wahlversammlung sei, dem Zentrum unter allen Umständen das Wort zu gewähren sei. — Die Versammlung wurde sehr erregt. Man warf den Deutschnationalen Feigheit und Angst vor. Als der Vorsitzende sich zu einem Entgegenkommen geneigt zeigte, wehrte sich nunmehr der Reichstagsabgeordnete ostentativ zumal er erlahmen hatte, daß es sich um einen Zentrums-Reichstagsabgeordneten handelte, gegen die Zulassung des Zentrumsredners.

Jetzt verließen sämtliche Angehörige der Mittelparteien wohl die Hälfte der Versammlung, demonstrierten den Saal und veranfaßten in einem Nachbarloale eine Parallelversammlung unter Vorsitz der Zentrumsparlei, in welcher der Polizeileutnant Nölle über die Deutschnationalen und über die Volksgemeinschaft sprach. — Redner fand stürmischen Beifall. In diesem Abend erteilten in Weserlingen die Deutschnationalen eine unzweideutige moralische Niederlage, und zwar in einem Ausmaße, das in dieser konservativen Gegend noch nie vorgekommen ist.

Alle Beteiligten, einschließlich der Deutschnationalen, erkannten klar und deutlich, daß der deutschnationale Abgeordnete Kieseberg offensichtlich Angst vor dem Zentrum hatte und eine entschiedene Abfuhr befürchtete.

Die katholische Kirche in Indien

Indien zählt heute über drei Millionen Katholiken. Im Jahre 1901 waren es 2.201.074, im Jahre 1911 2.623.609 und im Jahre 1921 2.870.163 Katholiken. In dem letzten Jahrzehnt ist demnach der Zuwachs am kleinsten. Als Ursachen hierfür werden der Weltkrieg, ansteigende Krankheiten, finanzielle Schwierigkeiten und Priestermangel angenommen. Die Zahl der Priester beträgt heute einschließlich Sion 8145, hieron sind 1930 einheimische Priester. In den zwölf großen Seminaren und Scholastikaten werden etwa 600 Kandidaten des Priesterturns ausgebildet. Die Jesuiten in Trichinopoly, welche die höhere Schule St. Gabriel in Madras eröffnet haben, sind eben im Begriffe, diese zu einer großen katholischen Universität auszugestalten. Eine nicht zu unterschätzende Erscheinung in Indien ist die immer mehr in Aufschwung begriffene katholische Presse. Außer einer Reihe schon bestehender katholischer indischer Blätter, wurde noch die auf der Malabar-Küste erscheinende Zeitung „Das Remo“ von den Katholiken gekauft und erscheint jetzt als regelmäßige katholische Tageszeitung. Auch in Cochin macht die katholische Presse sehr gute Fortschritte. Dort gibt es jetzt allein sechs katholische Zeitungen, hieron sind vier englisch und zwei indisch. Durch die Schaffung einer eigenen eingeborenen indischen Hierarchie wurde ein bedeutender Schritt für die Bekehrung Indiens und Festigung des Katholizismus im Lande getan. Damit sind auch die Zukunftsaussichten in Indien hoffnungsvoll. Die Bekehrung Indiens ist der Schlüssel zur Eroberung des Orients für die katholische Kirche.

mit halbem Herzen bei den Frondeuren gewesen waren, kehrten reuig zurück, so daß nur 23 Mann übrigblieben, die aber ausreichten, um die Koalition aufrecht zu erhalten. Am 8. November wurde der Landtag zu seiner ersten Wintertagung zusammenberufen. In der Zwischenzeit versuchten es die Radikalen bald mit dem Zuckerbrot, bald mit der Peitsche, die Rechtssozialisten gefügig zu machen und zum Unfall zu bringen. Aber diesmal hatten sie sich verrechnet. Die 23 Sozialdemokraten blieben fest, lehnten die Auflösung des Landtages ab und hielten an der großen Koalition aufrecht. Wer die allmächtige sozialistische Parteibureaucratie kennt, wird die ganze Größe des rechtssozialistischen Entschlusses begreifen können und den Mut dieser 23 Mann bewundern müssen, die damit zum ersten Male entschlossen den Weg zum deutschen Volke beschritten und sich dieser, man muß schon sagen, roten Weltanschauung des Marxismus entgegenstellten haben. Wohl hat der Landesparteitag, wohl haben die Parteiorganisationen den 23 Mann das schärfste Mißtrauen ausgesprochen, sie zur Niederlegung ihrer Mandate aufgefordert und mit Ausschluß aus der Partei gedroht. Die 23 sind nicht nur festgeblieben, sondern sogar zum Angriff geschritten.

Aber dieser eine Stoß hat genügt, das Nebelbild der radikalen Herrschaft zu zerreißen und die Schwäche des radikalen Phrasengebäudes bloßzulegen. Man hielt die 23 für Offiziere ohne Soldaten. Aber der erste Sammelruf der 23 brachte allein in Dresden über tausend Mann zu einer Versammlung zusammen. Und es zeigte sich, daß alles das, was in der sächsischen Sozialdemokratie wertvoll ist, sich zu den 23 Mann bekennt. Fast sämtliche Gewerkschaftsbeamte, höhere und mittlere Staatsbeamte und die einflussreichsten Mitglieder der sozialdemokratischen Partei hatten sich eingeschunden und stellten sich einmütig hinter die Sozialdemokraten. Minister u. die 23 Abgeordnete, während es umgekehrt bei den Wahlversammlungen der Radikalen leere Häuser gibt, auch wenn sie ihre Redatoren aufmarschieren lassen. Aber auch aus dem Lande kommen massenhaft Blitzen an die rechtssozialistischen Führer, Wählenden zu halten, obwohl auf ausdrücklichen Beschluß des Parteivorstandes die Rechtssozialisten keine Wahlreden halten sollen. Der Riß innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie ist also tiefer als 1914 zwischen den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, und darum scheint er diesmal doch unheilbar zu sein. Die Unterschiede sind nicht mehr taktischer, sondern grundsätzlicher Natur, sind eine bewußte Hinwendung zu praktischer Staatspolitik und zu Volk und Staat. Sind ein bewußtes Herausreten aus der Negation zur positiven Staatsidee, sind also eine Abkehr von der nichtsagenden Internationalen zum nationalen Behauptnis. Darin liegt das Entscheidende und Bedeutensvolle dieses sächsischen Konfliktes, das ihn über den Rahmen der weiß-grünen Grenzspähle hinaushebt und zu einer deutschen Angelegenheit macht. Haben die sächsischen Sozialdemokraten die Kraft, den Gedanken zu Ende zu denken und zu wirklichen Staatsbürgern zu werden, so muß diese Bewegung weiter um sich greifen, die sozialistische Arbeiterschaft Deutschlands umfassen, sie in ihren Grundfesten erschüttern, um sie endlich an die Seite des gesamten deutschen Volkes zu führen und die Rot- und Schicksalsgemeinschaft herzustellen, für die die radikale Sozialdemokratie nur Spott und Hohn übrig hatte. Daß einem einzigen deutschen Volke der Aufstieg um vieles leichter würde, bedarf keines Beweises. Und die Zeiten dazu sind günstig. Schon zerren die Gewerkschaften am Geißel und wollen der Bevormundung der radikal-sozialistischen Partei sich entziehen, um losgelöst von dem politischen Tagesstreit praktische Arbeit im Dienste der Arbeiterschaft und des deutschen Vaterlandes zu leisten. Auch diese Bewegung ist, wenigstens nach den Auseinandersetzungen in der Textilarbeiterschaft und anderswo, nicht mehr aufzuhalten. Die Tatsache, daß zu den 23 Rechtssozialisten in Sachsen mindestens 90 Prozent der Gewerkschaftsführer aller Wirtschaftszweige gehören, gibt der ganzen Bewegung ein besonderes Relief. Entwickelt sich aus dieser ganzen Bewegung die Einheit des deutschen Volkes, steht den kommenden schweren Auseinandersetzungen eine einzige Nation gegenüber, dann ist vieles erreicht. Es wäre verkehrt, schon jetzt einen Jubelruf anzustimmen, das alles erst in den Anfängen sich zeigt. Daß aber Ansätze einer solchen Entwicklung bereits blühen, kann nicht bestritten werden. Hoffen wir, daß nach all dem Blut, der Not, dem Elend und nach all den Tränen endlich auch die Sonne der nationalen Einheit über dem deutschen Vaterlande aufgehen wird.

Die Schuldfrage

Das deutsche Volk hat an dem Reichstag des 4. Mai keine Freude erlebt. Durch ödes Parteigezänk, durch Unentschiedenheit und Unentschlossenheit hat er sich unmöglich gemacht. Es blieb nichts übrig als der Appell ans Volk. Ein Wahlkampf verfrachtet Zeit und Geld, zerwühlt und zerreiht das Volk.

Wer ist schuld?

Du sagst: **Die Parteien.** Du hast nicht ganz unrecht. Denn: **100 Radikale** von links und rechts (Kommunisten und Völkische) sabotierten jede positive Arbeit im Reichstage, je **100 Abgeordnete** links und rechts (Sozialisten und Deutschnationale) lehnten die Bildung einer Regierung der deutschen Volksgemeinschaft aus engherzigem Parteigeist ab. Es blieb **eine dünne Mitte** von 137 Mandaten. Die Volksparteiler schielten nach rechts, die Demokraten nach links.

Aufrecht stand allein **das Zentrum** mit 65 Abgeordneten.

Wer hat diesen Reichstag gewählt?

Das deutsche Volk!

Das deutsche Volk ist also schuld! Wenn du es nicht glauben willst, lies diese Zahlen!

- 8 Millionen Wähler blieben der Wahl fern = rund 130 Mandate
 - 0,5 Millionen Wähler wählten ungültig = rund 8 Mandate
 - 1 Million Wähler zersplitterten sich auf 14 Zweigparteien ohne Erfolg = rund 16 Mandate
 - 6 Millionen Wähler wählten radikal links und rechts = rund 100 Mandate
 - 13 Millionen Wähler wählten Versager = rund 210 Mandate
- Zus. sind 28,5 Millionen Stimmen für unproduktive Politik von 38 Millionen überhaupt

75%

Es blieben also 25% für positive, verantwortungsbewußte Arbeit.

- Soll dieses Trauerspiel sich am 7. Dezember wiederholen?
 - Soll der neue Reichstag wieder der Sammelplatz für Borst und Raufbolde werden?
 - Sollen dir wieder die Reichstagsberichte in den Zeitungen zum Ekel werden?
- Dann wähle**
Ultra links! oder **Ultra rechts!**
 Soll wieder wochenlang erfolglos wegen der Regierungsbildung verhandelt werden?

Dann wähle
sozialistisch! oder **deutschnational!**

- Soll der Reichstag produktive Arbeit leisten?
- Soll der Erfolg von London aufrecht erhalten und ausgebaut werden?
- Sollen die brennenden innenpolitischen Fragen im Sinne der Wahrheit und Gerechtigkeit gelöst werden?

Dann wähle den Mittelpunkt, um den sich alles kristallisieren muß **das Zentrum!**

Leipzig

Leipzig-Süd. Der vom katholischen Seelsorgeramt und Volksverein Leipzig-Süd am Vortag veranstaltete Gemeindeabend zum Festen des Kirchenjahres in Leipzig-Connewitz war von recht gutem Erfolg gekrönt. Die Darbietungen waren stimmungsvoll aneinander gereiht und auf den Geist des Allerheiligenmonats abgestimmt. Drei Kerngedanken, denen der Pfarrer der Gemeinde in seiner Ansprache Ausdruck verlieh, lagen der Veranstaltung zugrunde: Opfer, Verantwortung, Liebe. Als Stützpunkte der Vortragsfolge erwiesen sich: die drei Sopranstimmen der Konzertfängerin Fräulein Lilly Goerger, die sich mit ihrer wahrhaft vollendeten Kunst in die Herzen der Zuhörer gesungen hat. Ihr und den Damen und Herren der Theaterabteilung des Volksvereins Leipzig-Süd, die das ergreifende mittelalterliche Mysterienspiel „Der Totentanz“ mit mächtiger Charakteristik der Personen, mit sprachlicher, mimischer und szenischer Höchstleistung zur Ausführung brachten, gebührt der Löwenanteil am Erfolg des Abends und darum sei auch an dieser Stelle ganz herzlich für ihre opferbereite selbstlose Mitarbeit gedankt. Herrn Schriftsteller Eberhardt und Herrn Kaufmann Feldwäger, den für die Kunst begeisterten Spielleitern und Hauptdarstellern, kann man nur von Herzen gratulieren zu einer solchen Schar von Spielern und Spielerinnen, von denen jeder das Beste bot. Glück auch dem jungen gemischten Chöre Leipzig-Süd, der sich am Gemeindeabend (unter Leitung seines eifrigen Dirigenten Teppo Schwan) mit zwei vierstimmigen, viel Fleiß und Verständnis verarbeiteten Chören seine ersten Sporen in der Öffentlichkeit holte. Wir erwarten von der gutgeschulten Sängerschaft noch recht oft solche gute Gaben. Wenn nur der Wunsch, den der Pfarrer in seiner Rede zum Ausdruck brachte, in Erfüllung gehen möchte, daß noch im Anno santo 1925 der Grundstein zur K.M.V.-Gedächtniskirche in Leipzig-Connewitz gelegt werden könnte! Solche Gemeindeabende sollen nicht bloß einen Reizgewinn für den Kirchbauverein bringen — und wir können einen bedeutenden buchen — sondern den Zusammenschluß und die Einheit der Gemeinde stärken. Darum helfe, halte zusammen, helfe herbei und handele für die große, gute Sache des Kirchenjahres in Leipzig-Connewitz!

Aus Sachsen

16 Listen in Dittschschen

Das Ungläubliche ist wahr geworden. 16 Kandidatenlisten werden sich allein in Dittschschen um die Gunst der Wähler bemühen. Bei der letzten Reichstagswahl waren es gleichfalls „nur“ 16. Drei von den bisherigen Listen werden nicht wieder kommen (Republikanische Partei, Evangelische Partei und Nationalliberale Vereinigung). Diese drei hatten nur wenige tausend Stimmen erreicht, und den für jeden vernünftigen Menschen sich daraus ergebenden Schluß gezogen. Dieser Vernunft unzulänglich waren, obwohl sie nur hunderte oder weniger tausend Stimmen erhielten, auch diesmal die Christlichsozialen Volksgemeinschaft, die Polnische Volkspartei, die Wendische Volkspartei und der unevangelische Häuserbund. Auch die Deutschnationalen, die bei weitem nicht die für ihr Mandat nötige Stimmenzahl erreichten, sind wieder auf dem Plan und werden hoffbar Stimmen der Ungünstigen zuführen und dem Bürgertum entgegen. Für die weggefallenen Splitterparteien sind aber gleich 3 neue in die Reihe gesprungen. Die 16 Parteien werden in folgender Reihe aufmarschieren und auf dem Stimmzettel erscheinen: 1. Sozialdemokraten, 2. Deutschnationalen, 3. Zentrum, 4. Kommunisten, 5. Deutsche Volkspartei, 6. Nationalsozialistische Freiheitsbewegung, 7. Demokraten, 8. Deutsches Volk, 9. Reichsbund für Aufwertung, 10. Polnische Volkspartei, 11. Wendische Volkspartei, 12. Häuserbund, 13. Unabhängige Sozialdemokraten, 14. Christlichsozialen Volksgemeinschaft, 15. Freier Wirtschaftsbund, 16. Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes.

Bemerkenswert ist, daß das Zentrum diesmal endlich auf dem Stimmzettel den Platz einnehmen wird, der ihm als drittgrößte Partei Deutschlands gebührt. Keine Stimme, die dieser großen Partei gegeben wird, kann verloren gehen: sämtliche sächsische Zentrumstimmen kommen der Reichsliste des Zentrums zu gute. Die Parole für den 7. Dezember muß also sein:

Wählt Liste 3 (Zentrum)!

Epikurhandball: Reichshausler Max.

Im Wahlkreis Leipzig sind die gleichen 17 Parteien auf dem Stimmzettel vertreten. Magdeburg hat es nur auf 14, Pommern nur auf 18 gebracht. Die Wählerkraft

wird zu diesem staatsgefährlichen Unfug am 7. Dezember Stellung zu nehmen haben.

(Freiberg, 22. November. (Berichterstattung wegen Aufruhrs.) In die Zeit des schändlichen sozialistisch-kommunistischen Terrorismus führte wieder eine Verhandlung, die vor dem sächsischen Schöffengericht stattfand. Wegen Widerstands und schwerer Aufruhrs hatten sich in einer zweiseitigen Verhandlung acht Arbeiter aus Freiberg zu verantworten. Die Angeklagten brangen am 19. August vorigen Jahres gegen 11 Uhr abends gegen den Willen des Richters im „Schwarzen Hof“ in den Tanzsaal, um die Einstellung der Tanzmusik zu erzwingen. Da man der Aufforderung nicht nachkam, glichen die Eindringlinge gegen die Tanzpaare, ebenso gegen die inzwischen erschienenen Polizei, gewalttätig vor. Gegen Mitternacht brangen sie in den gleichen Saal in das Gewerbehaus ein. Hier wurden die Gäste aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Wer der Aufforderung nicht nachkam, dem wurden die Getränke weggenommen und auf den Fußboden gegossen. Auch die Polizei wurde lässlich angegriffen. — Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 1 Jahr bis drei Monate. Der Hauptangeklagte Eberhardt erhielt eine Inhaftierung einer Woche gegen ihn verhängten Strafe wegen Widerstands und schwerer Aufruhrs 2 Jahre 9 Monate Zuchthaus. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

(Plauen, 24. November. (Sammellistenbetreiber festgenommen.) Hier wurde der unbekannte Sammellistenbetreiber, der unberechtigtweise mittels gefälschter Ausweise Gelder für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sammelte, festgenommen. Seine Person wurde in dem sächsischen Kaufmann Franz Hahn aus Buchholza festgehalten. Nach einer bei Hahn vorgefundenen Sammelliste hat er in Dresden von 18 Firmen bezw. Personen insgesamt 425 Mark erhalten.

Düßelfarnachrichten. Wie das Bischöfliche Ordinariat untermittelt, wurden verfehlt: Kaplan Graf als solcher nach Radibor, Kaplan Keltan von Radibor als Kaplan und Domoikar nach Bautzen.

Hauptkassier: Dr. Josef Hilbert. Verantwortlich für Inhalt und Inhalt: Dr. Josef Hilbert; für Druck: Friedrichs-Verlag, Dresden. Verantwortlich für Inhalt und Inhalt: Dr. Josef Hilbert; für Druck: Friedrichs-Verlag, Dresden.

Zentrums-Partei Leipzig am Dienstag, 25. November abends 8 1/2 Uhr im Saale der alten Handelsbörse am Hofmarkt
Große öffentliche Versammlung Redner: Frau Dr. Dransfeld, M. d. A., Berlin, Reg.-Rat Dr. Fügler, Dresden
 Alle kommen! Tüchtig werben! Der Vorstand.

Kath. deutscher Frauenbund Dresden
 label für Dienstag den 25. Nov. im Hotel Bristol, Bismarckplatz herzlich ein zu seinem
Wohltätigkeitstee
 verbunden mit Konzert, Rezitation, Lotterie. Mitwirkende Künstler: Adelm von Tinty, Kammerjäger Robert Burg von der Staatsoper, Klavierist Franz Wagner, Vegetarierin Eriette Bussiliat. Der Hochwürdigste Herr Bischof hat sein Kommen zugesagt. Beginn nachmittags 4 Uhr.

Katholisches Casino Dresden
 Dienstag den 25. November abends Punkt 8 Uhr
 im großen Saale des Künstlerhauses, Brunner Straße
Großer Theater-Lustspiel-Abend
 Mitglieder und Gäste, nebst Angehörigen, werden um zahlreichste Beteiligung gebeten. (Siehe Rundschreiben.)
 Einlaß 1/8 Uhr. Der Vorstand.

Sächs. Zentrums-Partei Ortsgruppe Ostritz.
 Mittwoch den 26. Nov. abends 8 Uhr im Saale „Stadt Dresden“
Öffentliche Wähler-Versammlung.
 Redner: Herr Reichstagskandidat Generalsekretär Dr. Krone-Berlin. Zentrumswähler erscheint alle und pünktlich!
 Katholischer Männerverein Bautzen
 Donnerstag den 27. November, abends Punkt 8 Uhr

Heiße Vergnügen (Theater und Ball)
 Einlaß 1/8 Uhr. 2300 Der Vorstand.
Kaufe
 bei Zahlungsschwierigkeiten Gegenstände, sowie Waren jeder Art. Ihre Angebote erbeten unter „J 723“ an die Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung.

Bürgerverein Weinböhla
 Mittwoch den 26. November spricht im „Oberen Gasthof“
 Generalsekretär Dr. Hesezyk (Zentrum) über
 „Die Bedeutung der Dezemberwahl für das deutsche Bürgerium“.

Anfang 1/8 Uhr — Ende nach 10 Uhr
Tymians Thalia-Theater
 Dresden-Hauptstadt, Gölitzstraße 6, Linien 5, 7 und 9 — Fernsprecher 14380 —
 Das besuchteste u. beliebteste Theater Dresdens
 Trotz kleiner Eintrittspreise, Vorzugskarten gültig

SARRASANI
 Täglich 7 1/2 Uhr — Sonntags 3 u. 7 1/2 Uhr
 Ab Sonnabend, 22. Nov. Nur 10 Tage

Das Auto-Rennen in der Luft
 Eine Autofahrt auf Leben und Tod dazu ein Riesen-Spielplan
 Vorverkauf Re-Ka, ab 10 Uhr Circuskasse

!!! Süße, billige Meßweine !!!
 infolge Zollfreiheit biete in hervorragender Güte preiswert für die kalten Winterstage als Edelmeßweine an:
 Tarragona-Meßwein Nr. I Fl. #1.20 nicht süß (Rheinwein ähnlich)
 Tarragona-Muskat-Meßwein Nr. II Fl. #1.40 edelsüß
 Tarragona-Muskat-Meßwein Nr. III Fl. #1.50 extrasüß
 Consecrabilität bescheinigt durch Erzbischöfliches Zeugnis vom 17. Oktober 1924
 Probekisten von je 5 Fl. Jed. Sorte exkl. Glas M. 20.50
 Probekisten von je 10 Fl. Jed. Sorte exkl. Glas M. 41.00
 Bestellung bitte pfarramtliches Siegel aufdrücken
Alphons Lins, Malwarenfabrik, Weimar.

Vorbereitung auf (Ausnahme-) Prüfungen
 in die unteren Klassen höherer Lehranstalten
 Abschluß - Matur - Vorb. - Prüfung; langj. Praxis
M. Müller, staatlich concessionierter acad. geb. Privatlehrer
 Dresden, Bismarckstraße 26, III, bei Baummann.
 Beginn 20. 11. 24. Unterrichtsstunde täglich 2—1/2, 3 Uhr.

Thüringer hausschlachtene Wurstwaren
Cervelat, Rot-, Leberwurst u. Preßkopf / la Dauerware
 4 1/2 kg Paket (sortiert) 18.50 M.
 9 kg Paket (sortiert) 36.00 M.
 ab Anstalt, Verpackung zu Selbstkosten, Versand: Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.
Wilhelm Heimann, Arnstadt (Thüringen)
 Postfach 188.

Wohnungs-Gesuch
 6- bis 8-Zimmer-Wohnung für unseren ausgeschiedenen Direktor auch auf dem Lande gesucht.
Papierfabrik Stehertmühle Siebenlehn i. Sa.

Kräftiger Markthelfer
 unbetriebl., ehrlich und gewissenhaft i. Dekorationsmalereigeschäft zum sofortigen Antritt gesucht. Die Bewerber vorzuziehen nachm. zwischen 2 u. 5 Uhr.
Penzel & Lämmel Dekorationsmaler Dresden-A., Gerokstr. 31.

Welcher Geldgeber
 beteiligt sich an kurzfristigen Waren-Ein- und -Verkäufen?
 Best. Angebote erbeten unter „H 6688“ an die Geschäftsstelle d. Sächsischen Volkszeitung.

Geld
 in jeder Höhe als Hypothek und Personalkredit erhalten Sie zu mäßigem Zinsfuß durch
Alois Bartsch Mittelsteine i. Schl.

Wag-Schneiderei Franz Schwarzer Leipzig
 Schenken dorffstr. 39
 Fernsprecher 31670

Guter Schlaf
 ist das beste Heilmittel. Metallbetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör. Stahlmatr. an Private. Bequeme Beding. Kat. 6 P frel. Eisenmattfabrik Suhl (Thür.)
 Berücksichtigt beim Einkauf unsere Anzeigen!

Metallbetten
 Stahlmattlatzen, Kinderbetten dir. an Priv. Katal. 6 P frei. Eisenmattfabrik Suhl (Thür.)

Dresdner Theater
Opernhaus
 Dienstag Die Bohème (1/8—10) (Anrechtstheile A)
 Mittwoch In neuer Einf. u. Aufg. Den Pasquale (1/8) (R. d. Donnerstags-Anrechtstheile d. Reihe A d. 27. Nov.)
Schauspielhaus
 Dienstag Die Braut von Messina (7) (Anrechtstheile B) (Vollabgabe 10560—10588)
 Mittwoch Nju (1/8) (Anrechtstheile B) (Vollabgabe 10589—10611)
Neues Theater
 Schauspielhaus
 Dienstag Der Meindbauer (1/8) (R. 1, 801—1100) (R. 2, 31—00)
 Mittwoch Die Gege-kandidaten (1/8) (R. 1, 1100—1400) (R. 2, 61—00)
Neues Theater
 in der Kaufmannschaft
 Dienstag Der arme Heinrich (1/8) (Vollabgabe 8111—8280)
 Mittwoch Der arme Heinrich (1/8) (Vollabgabe 8281—8450)
Kedden-Theater
 Dienstag Die schöne Rivalein (1/8)
 Mittwoch Die schöne Rivalein (1/8)
Central-Theater
 Mittwoch 11 u. 8 Uhr Hallo! Die neue Revue
Tymians Thalia-Theater
 Täglich 1/8 Uhr Der neue Schnaps
Königs-Hof-Theater
 Heute und folgende Tage Das Ritzel: Weib (1/8)
Regina-Palast
 Täglich 1/8 Uhr Konrad Scherber, der Blinde mit Dumoril, Paul und Harry Rone, das Tanzpaar, und die weiteren Novitäten Attraktionen.

Aus dem Reiche der Mode

Die Kasakmode

Jedes Frühjahr und jeden Herbst bedingt uns die Mode mit neuen Überraschungen, und auch außerhalb dieser Zeiten sucht sie uns noch allerlei aufzudrängen, was uns oft sehr sonderbar und wunderbar vorkommt. Woher rührt dieser geheimnisvolle Einfluß? Von wem geht er aus? Diese Frage ist aufgeworfen und behandelt worden, seit es eine Mode gibt, und die alten Chronisten haben sich ebenso darüber den Kopf zerbrochen wie die heutigen Geschichtsschreiber und Psychologen. Der bekannte Kenner der Modegeschichte Max von Boehm behandelt dies Problem „Wer macht die Mode?“ in einem Aufsatz des neuesten Heftes der bei Erich Reiß erscheinenden Zeitschrift „Jahrbuch“. Er bekämpft zunächst die landläufigen Auffassungen und tritt vor allem der Meinung entgegen, daß gewisse Moden auf bestimmte Persönlichkeiten zurückzuführen seien. Es gibt eine ganze Menge Beispiele, die zeigen, daß die Mode stärker ist als der mächtigste Herrscher.

Der „Sonnenkönig“ Ludwig XIV. brachte es z. B. nicht fertig, die hohe Damenfrisur, die Fontange, die er trug, von seinem Hofe zu verbannen. Alle seine Verbote waren umsonst, und sie verschwand erst kurz vor seinem Tode, nicht durch seinen Nachfolger, sondern weil den französischen Damen die niedrige Frisur der Herzogin von Schrebours besser gefiel. Marie Antoinette, der man einen so großen



Nr. 12611. Kasakmode aus Wolle mit buntem gemustertem Seide.



Nr. 12612. Kasakmode aus Wolle mit buntem gemustertem Seide.



Nr. 12610. Kasakmode aus Wolle mit buntem gemustertem Seide.



Nr. 12634. Kleid aus zweierlei Stoffen mit Halskragen.

Einfluß auf die Mode ausübt, war nicht umsonst, die schweren Seidenstoffe, deren Verwendung die französische Industrie von ihr forderte, an die Stelle der modernen leichten niederländischen Stoffe zu setzen, und die Kaiserin Eugenie, die ebenfalls als „Herrscherin der Mode“ galt, bemühte sich vergebens, die seidenen Bänder wieder beliebt zu machen, die damals unmodern geworden waren. Die zahllosen Kleiderordnungen des Mittelalters, die nichts fruchteten, haben ebenfalls gezeigt, daß selbst die mächtigsten Monarchen ihren Willen gegen die Modelaunen nicht durchsetzen können.

Die so gern zwischen dem „Geist der Zeiten“ und der Mode hergestellte Verbindung ist trotz aller geistreichen Ausdeutungen sehr oberflächlich und findet ebenfalls keine Bestätigung in den wirklichen Tatsachen. Nicht weniger unbestimmt und ungründlich ist die entscheidende Rolle, die die führenden Modellschöpfer in Paris spielen sollen. Gewiss machen sie in gewisser Hinsicht die Mode, indem sie alle möglichen Neuheiten herbeibringen, aber was einfließt, können sie ebenso wenig bestimmen, wie die Mächte der Erde dem Volk eine Mode aufzuzwingen konnten. „Da man nur von den Moden hört und sieht, die Erfolge haben“, sagt Boehm, „so wissen die meisten Menschen gar nicht, wie zahlreich auch auf diesem Gebiet die Mißerfolge sind. Es ist genau wie im Theater: das Publikum ist unberechenbar... Die Pariser Schneider machen Modelle von der Mode angenommen oder abgelehnt werden, das weiß niemand im voraus zu sagen, das entscheidet allein das Publikum. Die Damen bestimmen die Mode selbst, das ist des Modells Kern. Sie wählen das, was ihnen gefällt und über das andere gehen sie hinweg. Der Grund, aus dem sie das eine vor den anderen bevorzugen, ist meist der ganz individuelle Gesichtspunkt, daß sie sehen, wie ein Hoch-

diente zur Herstellung der schönsten Schürze, die aus einem Stück gefertigt ist. Eine tierische Blumenranke in weißer Handstickerei umzieht den unteren Rand mit Volantschmuck, sowie den oberen Rand und die aufgesetzte Tasche.

Nr. 12613. (Erforderliches Material: etwa 1 m Stoff, 100 cm breit.) Blusenstücke durchziehen den Schürzenteil wie ersichtlich und werden durch einen Zugraum in der Schürze getrennt. Farbige Seidenband in eingekraut und herum gefügt und schließt die aufgesetzten Taschen ab. Gleiches Band diente als Träger und Bänder.



Nr. 12612. Kasakmode aus Wolle mit buntem gemustertem Seide.



Nr. 12609. Kasakmode aus einfarbigem und kariertem Stoff.



Nr. 12615. Kasakmode aus Wolle mit buntem gemustertem Seide.



Nr. 12616. Kasakmode aus Wolle mit buntem gemustertem Seide.



Nr. 12614. Kasakmode aus Wolle mit buntem gemustertem Seide.

etwas anstehend gearbeitet und mäßig weit ausfällt. Schmale Revers, denen sich ein ebensolcher Umlegebogen anschließt, gehen bis zum Knopfschlus.

Nr. 12618. (Erforderliches Material: etwa 3,50 m Stoff, 110 cm breit.) Sandfarbene Gabardine diente dem aparten Mantelstoff mit Stehkragen zum Material.

Die Gerba-Schnittmuster zu obigen Abbildungen sind durch die Brandenburgische Verlagsanstalt, Berlin-Schöneberg, Mühlensstr. 9, zu beziehen.



Nr. 12681. Mantel mit Schulterkragen und Weigebag.



Nr. 12638. Kasakmode aus einfarbigem und kariertem Stoff.

Die Schnittmuster zu obigen Abbildungen sind durch die Brandenburgische Verlagsanstalt, Berlin-Schöneberg, Mühlensstr. 9, zu beziehen

Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung
Eigene Maßwerkstätten
Hüte • Schirme • Wäsche • Schuhwaren

Herm. Mühlberg
Wallstraße • Webergasse • Scheffelstraße

Spezialhaus für Strümpfe und Tricotagen
Eigene Strumpffabrik
Erstes Ausstattungs- u. Sporthaus Dresden